

Actualités DFJ - 1/2006

Die elektronische Zeitschrift der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V. (DFJ)

Veranstaltungshinweise:

- ◆ **Spargelessen am Samstag, den 20.05.06 im Kloster Eberbach** (Drehort „Der Name der Rose“) mit Schlenkerweinprobe, Empfang und Rhetorik-Vortrag für Juristen.
- ◆ **Paris EXTRA. Vom 15. bis 18. Juni** fährt unser Generalsekretär wieder mit einer Gruppe von 40 Mitgliedern nach Paris.
- ◆ **Jahrestagung am 30.09.06 in Bochum mit Vorseminar (26.09. bis 1.10.06).**

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V. (DFJ)

1. Vorsitzender:
Dr. Jürgen Jekewitz

2. Vorsitzender:
Dr. Werner Westerbürg
Generalsekretär:
Dr. Heiner Baab

Sekretariat: Simone Rechel
Universität Mainz, FB 03
D-55099 Mainz
Tel.: 06131 - 392 24 12
Email: rechel@uni-mainz.de

Vereinsregister Karlsruhe VR 197

Redaktionsanschrift für die
Zusendung von Artikeln:
Werner.Gaus@Bongen.de
Tel.: 069 - 13 37 34 20
oder
Sebastian.Tietz@Bongen.de

Internet: www.dfj.org

Zum Geleit

Immer wieder einmal angedacht, aber bisher nie verwirklicht, nimmt die Idee eines eigenen Kommunikationsforums für die in unserer Vereinigung zusammen geschlossenen deutschen und französischen Juristen jetzt endlich Fahrt auf. Am Rande der Jahrestagung in Paris ist das Konzept für eine regelmäßig erscheinende elektronische Mitgliederzeitschrift entwickelt worden, von der eine erste Kostprobe mit dieser Ausgabe auf die Reise geht. Über die traditionellen Veranstaltungen hinaus soll sie den Zusammenhalt und Ge-

dankenaustausch einer immer größeren Zahl von Freunden des deutschen und französischen Rechts erleichtern. Dafür wünschen wir Zeitschrift und Redaktion einen guten Start, ein lebhaftes Echo und einen andauernden Atem.

Bonne route.

Für die **AJFA:**

Jean-Francois Bohnert

Für die **DFJ:**

Dr. Jürgen Jekewitz

Vorwort der Redaktion

Liebe Mitglieder, liebe Freunde der DFJ,

wir haben es geschafft!

Vor Ihnen liegt das erste Exemplar der Zeitschrift unserer Vereinigung. Die Redaktion, bestehend aus den Mitgliedern Heiner Baab, Christian Brandt, Michael Fröhlich, Werner Gaus, Nicola Kömpf, Jörg Letschert, Sebastian Tietz und Herta Weisser hat es sich zum Ziel gesetzt, mit der Zeitschrift das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern zu

stärken und eine mögliche Zusammenarbeit der Mitglieder zu intensivieren. Wir denken dabei auch an unsere französische Schwesterorganisation. Die Zeitschrift soll ein Forum für alle Mitglieder sein, die sich mit ihren Beiträgen dort auch wieder finden sollen. Die ersten Beiträge stammen zunächst von den Redaktionsmitgliedern.

Wir haben hierbei an die folgenden Rubriken gedacht:

- Neue Urteile/Rechtsentwicklungen mit deutsch-französischem Bezug;
- Veröffentlichungen und Vorträge der Mitglieder;
- aus der täglichen Arbeit der Mitglieder;
- Ausbildung, Berufsrecht, Studium;
- aus der Tätigkeit der Vereinigung.

Als vorläufige Erscheinungsdaten haben wir den 15. Januar, 15. April, 15. Juli und den 15. Oktober eines jeden Jahres vorgesehen. Der Umfang unserer Zeitschrift sollte nicht über ca. 4 bis 8 Seiten hinausgehen. Beiträge sollten mindestens vier Wochen vor dem Erscheinungsdatum bei der Redaktion hereingereicht werden. Jeder schreibt in seiner Sprache. Um Kosten zu sparen, wird unsere „Actualités“ nur in elektronischer Form erscheinen.

Die Vereinigung hat hierzu in der Zwischenzeit die Voraussetzungen geschaffen, wozu Herrn Heiner Baab und Frau Rechel herzlicher Dank gesagt sei.

Vieles wird sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln. Ihre Anregungen und Beiträge sind unerlässlich, um unsere Zeitschrift zu einem lebendigen Organ unserer Vereinigung zu entwickeln. Die Redaktion freut sich hierauf.

Mit herzlichen Grüßen

RA Werner Gaus, LL.M.
Werner.Gaus @bongen.de

Email-Liste: DFJ-AJFA@yahoogroups.de

Wir haben nunmehr auch eine Email-Liste, über die unsere Mitglieder per Email Informationen austauschen können, sobald sie dieser Email-Liste ausdrücklich beigetreten sind.

Die Email-Liste ist für sämtliche Themen offen, die es rund um unsere Vereinigung gibt: Einladungen zu Tagungen, juristische Fragen, Praktikumsangebote und interessante Links. Eine Email von einem Listenmitglied an diese Email-Liste wird an alle anderen Listenmitglieder geschickt. Die Email-Liste

wird freundlicherweise moderiert von unserem Mitglied Christian FISCHER.

Um Listenmitglied zu werden, braucht man einfach nur eine Email (ohne Text) an folgende Adresse zu senden:

DFJ-AJFA-subscribe@yahoogroups.de

Weitere Informationen zur Email-Liste finden sich auf unserer Webseite.

RA Dr. Heiner Baab LL.M.
baab@chateau-escargot.de

Neue Schiedsordnung der Deutsch-Französischen Industrie und Handelskammer

Zum zwanzigjährigen Bestehen des Schiedszentrums der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer hat sich diese eine neue Schiedsordnung und eine neue Satzung gegeben, die auf einer Kammerversammlung am 7.11.2005 vorgestellt wurden. Beide Unterlagen können auf der website der Kammer (www.francoallemant.com) heruntergeladen werden. Eine Musterschiedsklausel zur Auf-

nahme in Verträge wird demnächst veröffentlicht. Mit seinen günstigen Tarifen stellt das Schiedsgericht der Kammer im deutsch-französischen Wirtschaftsverkehr eine ernste Alternative zu den herkömmlichen Schiedsgerichten und den staatlichen Gerichten dar.

RA Jörg Letschert, Avocat à la Cour Paris,
jletschert@soffal.fr

Neue Urteile, Rechtsentwicklungen mit deutsch-französischem Bezug

Gewerblicher Rechtsschutz/Urheberrecht Propriété industrielle et Droit d'auteur

Am 29. April 2004 wurde die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums RL 2004/48/EG verabschiedet [<http://europa.eu.int/eur-lex/>]. Die Umsetzung in nationales Recht steht unmittelbar bevor, denn sie hat bis zum 29. April 2006 zu erfolgen. Ziel der Richtlinie ist es den Inhabern von Schutzrechten des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts die prozessuale Durchsetzung ihrer Rechte zu erleichtern, indem bereits im Vorfeld eines Verletzungsprozesses bei Verdacht einer Schutzrechtsverletzung ein Zugriff auf Beweismittel ermöglicht wird. Ein Kernstück der Richtlinie ist hierbei die Regelung des Art. 7 zur Beweissicherung und Beweisbeschaffung.

Muster dieser Regelung ist die französische „saisie contrefaçon“, die seit geraumer Zeit eine Beweissicherung und Beweisbeschaffung gegen den Willen des möglichen Verletzers und gegebenenfalls auch ohne dessen vorherige Anhörung im französischen Verletzungsprozess effektiv ermöglicht. Eine reibungslose Umsetzung der Richtlinie in französisches Recht ist zu erwarten.

Die Umsetzung in deutsches Recht gestaltet sich hingegen etwas aufwendiger und problema-

tischer. Bisher kennt das deutsche Recht nämlich keine wirksamen Maßnahmen zur vorprozessualen Beweissicherung und Beweisbeschaffung. Aus deutscher Sicht muss daher diese Regelung prozessrechtlich und materiellrechtlich in das deutsche Recht eingefügt werden. Hierzu werden zur Zeit zwei verschiedene Ansätze alternativ diskutiert. Es handelt sich hierbei um den Ausbau der allgemeinen prozeßrechtlichen Instrumente (§§ 142, 144, 427 ZPO) sowie um die Ergänzung bzw. Schaffung weiterreichender materiellrechtlicher Ansprüche. Letztere Lösung scheint sich langsam durchzusetzen und entspricht auch eher der Systematik des deutschen Rechts. Diese neuen, in den Spezialgesetzen verankerten materiellrechtlichen Ansprüche sollen dann durch ergänzende prozessrechtliche Maßnahmen flankiert werden, so dass eine schnelle und effektive Durchsetzung dieser Ansprüche gewährleistet ist. Betroffen hiervon ist insbesondere das selbständige Beweisverfahren der §§ 485 ff. ZPO sowie die Regelungen zum summarischen Verfahren der einstweiligen Verfügung. Es ist zu erwarten, dass mit der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht auch in Deutschland die Vorbereitung des Verletzungsprozesses und insbesondere des Patentverletzungsprozesses wesentlich erleichtert wird.

RA Dr. Michael Fröhlich,
mfr@preubohlig.de

Europäisches Verfahrensrecht

Le titre exécutoire européen pour les créances incontestées – une exécution forcée considérablement simplifiée dans les États membres de l'Union européenne à partir du 21 octobre 2005

Jusqu'à maintenant, la procédure d'exécution forcée transfrontalière dans les États membres de l'Union européenne durait extrêmement longtemps et entraînait des frais considérables. Désormais, le Règlement CE N° 805/2004 du

Parlement européen et du Conseil du 21 avril 2004 portant création d'un *titre exécutoire européen*, ouvre au titulaire d'une créance pécuniaire « incontestée », consacrée par jugement, par acte authentique, ou encore par transaction judiciaire, la possibilité d'un recouvrement forcé accéléré dans tous les États membres à l'exception du Danemark. L'entrée en application dudit règlement à partir du 21 octobre 2005 signifie la suppression de l'ancienne procédure de l'*exequatur*, c'est à dire la reconnaissance et l'exécution automatique, sans procédure intermédiaire, ni motif de refus d'exécution, des décisions rendues en matière civile et commer-

ciale après le 21 j anvier 2005 dans un autre État membre.

Bien que le règlement ne comprenne jusqu'à présent que des créances « incontestées » (article 3 § 1 du Règlement) que le débiteur a expressément reconnues dans un acte authentique ou au cours d'une procédure judiciaire en les acceptant ou en concluant une transaction devant la juridiction, la création du *titre exécutoire européen* est en dépit de cela non seulement d'une grande importance pour des PME ayant des contacts d'affaires avec des partenaires en Europe mais encore dans l'intérêt des particuliers qui ont des créances exécutoires contre des tiers ayant leur siège dans un Etat membre de l'Union européenne.

Pour des créanciers allemands ayant de telles créances, ce nouveau *titre exécutoire européen* est surtout avantageux parce qu'ils peuvent maintenant exécuter directement le titre allemand dans d'autres États membres de l'Union européenne, si le titre satisfait à certaines conditions de procédure (voir articles 2 et suivants, 24 et 25 du Règlement) et correspond à des minimums légaux requis (voir articles 12 et suivants du Règlement). Si c'est le cas, la décision allemande relative à une créance incontestée doit seulement être certifiée en tant que *titre exécutoire européen* par l'autorité allemande compétente, avant que des mesures d'exécution forcée puissent être engagées sur place à l'étranger.

En règle générale, toute décision rendue par une juridiction d'un État membre en matière civile et commerciale, quelle que soit sa dénomination (arrêts, condamnations au dépens, mandats d'exécution, transactions judiciaires, actes authentiques), peut être exécutée directement. Il doit s'agir d'un droit à une somme d'argent déterminée et d'une créance devenue exigible à laquelle le débiteur ne s'est pas opposé. Ceci est par exemple le cas si le débiteur ne s'est pas opposé à la créance au cours d'une procédure judiciaire, n'a jamais comparu lors d'une audience (même s'il s'était opposé auparavant à la créance) ou a expressément admis que la créance existait et était justifiée au cours d'une procédure judiciaire, y compris moyen-

nant une transaction judiciaire, ou dans un acte authentique.

La signification de l'acte introductif d'instance en bonne et due forme au débiteur - par exemple l'action avec la citation à comparaître - est une autre condition essentielle à la certification d'une décision relative à une créance incontestée en tant que *titre exécutoire européen*, puisque l'information précise et préalable du débiteur, dans l'acte introductif ou dans un acte équivalent, sur la créance (données personnelles des parties, montant et motif de la créance, existence d'un intérêt et pour quelle période ...), les formalités procédurales et les délais à respecter est de rigueur (voir articles 16 et suivants du Règlement) afin de garantir le respect des droits de la défense.

Pour une décision acquise en Allemagne, la certification en tant que *titre exécutoire européen* est effectuée, sur demande du créancier, par la juridiction allemande qui l'a rendue, au moyen d'un formulaire-type applicable dans tous les États membres. Le tribunal, et notamment le « *Rechtspfleger* » (fonctionnaire de l'administration judiciaire allemande chargé de certaines fonctions juridictionnelles), vérifie alors le respect des conditions légales prescrites et attribue ensuite le certificat demandé si ces conditions ont été respectées. Aucun recours de la part du débiteur n'est prévu contre cette décision relative à la certification - un fait qui est particulièrement avantageux pour le créancier.

Une décision qui a été certifiée en Allemagne en tant que *titre exécutoire européen* est reconnue dans les autres États membres et permet au créancier d'y procéder directement à son exécution. La décision exécutoire sera traitée, aux fins de l'exécution, comme si elle avait été rendue dans l'État membre dans lequel l'exécution est demandée (voir article 20 du Règlement). Bien entendu, ceci s'applique également pour une décision acquise et certifiée dans un autre État membre qui devrait être ensuite exécutée en Allemagne.

RA Dr. Christian Brandt, M.A.,
DrBrandt@vollerlaw.com

Gesellschaftsrecht / Droit des sociétés

Réforme du droit français des entreprises en difficultés

Le droit français des procédures collectives vient de connaître une réforme substantielle avec la loi n° 2005-845 du 26 juillet 2005 *de sauvegarde des entreprises*, qui, pour l'essentiel, entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2006. Cette loi reflète l'évolution de l'attitude du Parlement face à l'accroissement du nombre de défaillances d'entreprises. Elle vise, comme son intitulé l'annonce, à préserver avant tout l'activité et donc l'emploi, en permettant d'agir le plus tôt possible avant que la situation du débiteur soit irrémédiablement compromise et en allant plus loin que l'ancienne loi. La loi vise pour cela à offrir un plus large éventail de procédures, censées répondre de manière plus adaptée à sa situation concrète. La principale innovation est la création d'une procédure de sauvegarde, qui s'inspire de la procédure dite du «Chapter 11» du *Federal Bankruptcy Code* américain.

Concrètement, la philosophie de la loi se traduit par : 1. le souci d'assurer la **détection précoce des difficultés des entreprises** (en conférant un rôle accru au président du tribunal de commerce, ou en permettant la procédure de conciliation en cas de difficultés simplement «prévisibles»); 2. un **plus grand pragmatisme**, en accordant au débiteur un délai plus important pour déposer le bilan (45 jours comparés à 15

aujourd'hui) et en reconsidérant l'importance de la cessation des paiements (CP): le débiteur pourra désormais (1) éviter parfois le redressement judiciaire (RJ) alors qu'il est en CP (par la conciliation) ; (2) bénéficier d'une procédure collective alors qu'il n'est pas en CP (par la sauvegarde) ; en revanche, il ne pourra plus être mis en RJ ou en liquidation s'il n'est pas techniquement en CP (suppression des « extensions-sanctions »); 3. la recherche d'un **meilleur équilibre entre les protagonistes**, surtout à l'égard des créanciers, en vue de restaurer leur confiance et donc à favoriser la prise des risques nécessaires au maintien de l'activité et de l'emploi, notamment par l'encadrement de la responsabilité civile des banquiers dispensateurs de crédits, l'octroi d'un « privilège de l'argent frais » aux créanciers qui apportent au débiteur un financement nouveau dans le cadre de la conciliation, voire un allègement des sanctions personnelles contre les dirigeants ; 4. le souci de **sauvegarder davantage le patrimoine du débiteur**, notamment par la possibilité d'abandon de certaines créances publiques.

Il reste désormais à attendre l'application concrète de ces règles en espérant qu'elle sera suivie du résultat espéré, c'est-à-dire la réduction des défaillances d'entreprises.

Nicola Kömpf,
nkompf@bhbfrance.com

Arbeitsrecht / Droit du travail

CNE- eine neue Abkürzung

Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit haben zur Zeit sowohl in Frankreich wie in Deutschland Priorität im politischen Handeln. Während in Deutschland im Koalitionsvertrag der neuen Regierung vom 11.11.2005 eine Verlängerung der Probezeit auf 2 Jahre vereinbart worden ist, hat Frankreich unter dem neuen Premier Ministre de Villepin im Eilverfahren per ordonnance und décret vom 2.8.2005 die „Contrat Nouvelles Embauches“ verabschiedet, die in Zukunft für kleinere Arbeitgeber eine Alternative zu den strengen Anforderungen unterliegenden befristeten Arbeitsverhältnissen darstellen.

Die Befristung eines Arbeitsvertrages ist i.d.R. nur für 18 Monate (in manchen Ausnahmefällen für 2 Jahre) und nach Artikel L. 122-1-1 des Code du Travail nur unter der Bedingung möglich, dass ein gesetzlicher Grund für die Befristung gegeben ist. Liegt der Grund nicht vor, wird das befristete Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umgedeutet. Als Gründe sieht das Gesetz im Wesentlichen vor:

Ersetzung eines abwesenden Arbeitnehmers (im Falle der Krankheit, Schwangerschaft), Ausfüllung einer Beschäftigungslücke vor Wirksamwerden der Streichung einer Stelle (der Inhaber einer Arbeitsstelle, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gestrichen wird, scheidet schon vor diesem Zeitpunkt aus; in

diesem Falle muss für die Zwischenzeit ein Ersatz gefunden werden), befristete Einstellung auf einer Arbeitsstelle bevor der Kandidat, der diese Stelle in Zukunft besetzen soll, seine Arbeit beginnen kann (was voraussetzt, dass mit dem Kandidaten schon ein Arbeitsvertrag unterzeichnet worden ist), zeitweilige Mehrarbeit im Unternehmen, Saisonarbeiter.

Bei Beendigung des befristeten Arbeitsverhältnisses hat der Arbeitnehmer Anspruch auf Zahlung einer Sonderabfindung in Höhe von 10% der bezogenen Gesamtvergütung, sowie auf Auszahlung des Urlaubsgeldes.

Demgegenüber sind die neuen „Contrat Nouvelles Embauches“ außer der Tatsache, dass sie nur in Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern abgeschlossen werden dürfen und die besonderen Modalitäten der vorzeitigen Beendigung beinhalten müssen, keinen weiteren Bedingungen unterworfen. Bei ausdrücklich als „Contrat Nouvelles Embauches“ bezeichneten Arbeitsverträgen können innerhalb der ersten 2 Jahre Kündigungen seitens des Arbeitgebers ohne Vorliegen eines Kündigungsgrundes ausgesprochen werden, was tatsächlich dem Abschluß eines Arbeitsverhältnisses mit einer Probezeit von 2 Jahren gleichkommt.

Die Kündigung muss in jedem Falle per Einschreiben mit Rückschein zugestellt werden.

Erfolgt die Kündigung durch den Arbeitgeber, muss außer im Falle von höherer Gewalt oder groben Verschulden seitens des Arbeitnehmers eine Kündigungsfrist eingehalten werden, deren Dauer von der Dauer der Betriebszugehörigkeit des Arbeitnehmers abhängig ist:

2 Wochen bei einer Betriebszugehörigkeit von 1 und 6 Monaten, 1 Monat bei einer Betriebszugehörigkeit zwischen 6 Monaten und 2 Jahren.

Im Falle der Kündigung durch den Arbeitgeber hat der Arbeitnehmer Anspruch: auf die Zahlung der ausstehenden Lohnbeträge und des Urlaubsgeldes, auf eine Abfindung in Höhe von 8% der Gesamtbruttovergütung seit Abschluss des Vertrages; darüber hinaus muss der Arbeitgeber bei der Arbeitslosenversicherung Assédic einen zusätzlichen Beitrag von 2% einzahlen, welcher ebenfalls auf der Basis der Gesamtvergütungen des Arbeitnehmers ermittelt wird.

Die vorgenannten Beträge von 8% und 2% (insgesamt also 10%) entsprechen damit dem Abfindungsbetrag, der auch bei Beendigung eines befristeten Arbeitsverhältnisses an den Arbeitnehmer zu zahlen ist.

Obwohl der Vertrag weiterhin einen „Contrat Nouvelles Embauches“ darstellt, unterliegt er am Ende des zweiten Jahres den gesetzlichen Bestimmungen, die auf die unbefristeten Arbeitsverträge anwendbar sind.

Der Conseil d'Etat hat die Bestimmungen zum „Contrat Nouvelles Embauches“ für verfassungskonform erklärt; dennoch wird zur Vorsicht gewarnt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Arbeitsgerichte bei Kündigungen kurz vor Ablauf der Zwei-Jahresfrist in bestimmten Fällen mit Klagen wegen Rechtsmissbrauch befasst werden. Auch europarechtliche Bedenken sind geäußert worden. Trotz dieser Risiken wird von der Möglichkeit des Abschlusses von CNE-Verträgen schon großer Gebrauch gemacht.

RA Jörg Letschert, Avocat à la Cour Paris,
jletschert@soffal.fr

Mitgliedsbeiträge

Mitglieder, die noch nicht am elektronischen Lastschriftverfahren teilnehmen und noch nicht ihre Mitgliedsbeiträge für 2006 überwiesen haben, möchten wir freundlicherweise daran erinnern, diesen Mitgliedsbeitrag zu überweisen.

Ausbildung, Berufsrecht, Studium

La Réforme de la formation professionnelle des avocats en France

« La loi n° 2004-130 du 11 février 2004 instaure un nouveau système de formation professionnel des avocats. La loi modifie la formation initiale en créant un cursus du dix-huit mois au moins incluant un stage, au terme duquel est passé l'examen CAPA » (Commission formation du Conseil National des Barreaux).

Jusqu'à présent, la formation se composait d'une année de formation dans un centre régional comprenant une année de formation théorique suivie de deux années de stage en cabinet. A compter de janvier 2006, la formation se compose de trois phases d'une durée d'environ six mois chacune.

La phase d'acquisition de connaissances fondamentales, appelée « formation commune de base » [...] porte entre autre « sur le statut et la déontologie professionnels, la rédaction des actes juridiques, la plaidoirie et le débat oral, les procédures, la gestion des cabinets d'avocats ainsi que sur une langue vivante » (Décret du 21.11.2004 modifiant l'article 57 du Décret du 27.11.1991).

La phase de projet pédagogique individuel (P.P.I.). Cette période de six mois a pour but l'insertion professionnelle de l'élèveavocat. Les cabinets sont ainsi incités à chercher leurs collaborateurs dès l'entrée à l'Ecole et non plus après le CAPA, comme c'était le cas jusqu'ici. Chaque élève sera chargé de définir son projet professionnel qui consiste en un stage soit en juridiction, en entreprise, en France ou

à l'étranger, dans des collectivités territoriales, auprès d'un syndicat, d'association, d'institutions communautaires, de ministères ou bien encore dans un cabinet d'avocats à l'étranger. Ce projet peut également consister en la réalisation d'une deuxième année d'un programme Master (M2), d'un module de formation spécialisée ou bien d'une possibilité de panachage entre ces différentes possibilités, comme par exemple deux stages d'une durée de trois mois chacun, ou un stage et 125 heures de pré-spécialisation.

La troisième période de formation, d'une durée de six mois, est consacrée à un stage auprès d'un avocat. Cette phase primordiale permet de transposer les connaissances acquises au sein de l'Ecole dans la pratique ainsi qu'une immersion totale dans la profession. C'est à l'issue de ces six mois que les élèves passeront le CAPA, donc concrètement en septembre 2007.

Quant aux Docteurs en Droit jusqu'à présent dispensés de l'examen d'entrée ainsi que de l'obligation de suivre les cours pendant l'année du CAPA doivent dorénavant suivre toute la formation tout en conservant la dispense de l'examen d'entrée.

Cette réforme vue par la majorité des avocats comme bonne et nécessaire tend à améliorer l'intégration des jeunes avocats dans la profession.

Dr. Myriam Alimi,
MyriamAlimi@aol.com

Aus der täglichen Arbeit der Mitglieder

La Loi allemande sur la rémunération des avocats, "Rechtsanwaltsvergütungsgesetz" La pratique civile et prud'homale :

La loi sur la rémunération des avocats, la RVG est entrée en vigueur le 1. juillet 2004. Elle suit

dans ses principes l'ancienne structure du calcul d'honoraires, même si les taxes se trouvent regroupées en un catalogue annexé à la loi (Vergütungsverzeichnis). Le barème (Gebührenrentabelle) est resté inchangé au niveau de l'année 2002.

Sont restées inchangées notamment l'obligation de facturer suivant barème quant aux honoraires procéduraux, la possibilité de convenir par écrit sur une facturation à l'heure (mais pas inférieur aux taxes procédurales, sauf pour l'injonction de payer et l'exécution forcée); la possibilité de facturer des avances...

Une nouveauté mérite pourtant l'attention de l'avocat : l'imputation à moitié de la taxe de conseil :

La taxe de conseil (Geschäftsgebühr, l'ancien § 118 I BRAGO) est augmentée à 1,3 en moyenne. N'est imputée sur la taxe de procédure (Verfahrensgebühr, l'ancienne Prozeßgebühr du § 32 I BRAGO) que la moitié, soit au maximum 0,75 de la taxe. L'autre moitié constitue une créance accessoire, qui n'entre pas dans les coûts de la procédure, et ne sera donc pas objet de l'ordonnance sur les frais (Kostenfestsetzungsbeschluss). Il convient alors de faire valoir cette somme dans la procédure même. L'avocat qui l'oublie engage sa responsabilité professionnelle

Afin d'orienter les parties (mais pas l'avocat)

vers la médiation et des transactions, le législateur prévoit

quant à la procédure civile et prud'homale

1,3 taxes de procédure

1,2 taxes d'audience, soit 2,5 taxes

1 taxe de transaction, soit 3,5 en total, plus les 0,75 de la taxe de conseil

quant à la représentation extrajudiciaire qui aboutira à une transaction

1,3 taxes de conseil

1,5 taxes de transaction, soit 2,8 en total

La taxe de conseil qui joue essentiellement dans les cas de recouvrement de créances de paiement et de dommage et intérêts accidentels subsistera les amendements prévus pour juillet 2006. Des détails suivront.

RAin Herta Weisser,
RAinWeisser@aol.com

Aus der Tätigkeit der Vereinigung

Nachbericht zum Vorseminar vom 4. bis 6. Oktober 2005 in Paris zum 29. Dt.-Frz. Juristentreffen

Das Vorseminar zum Deutsch-Französischen Juristentreffen hat auf deutscher Seite mittlerweile schon Tradition. Es findet jedes Jahr vor dem jeweiligen Deutsch-Französischen Juristentreffen statt, um die jungen Mitglieder schon im Vorfeld auf die Hauptveranstaltung einzustimmen. An diese Tradition wollte man dieses Jahr bei der französischen Schwesterorganisation anknüpfen, und hatte dazu ein abwechslungsreiches und interessantes Programm auf die Beine gestellt. Zum Ziel hatte man sich wieder gesetzt, sowohl die jungen Juristen über Ausbildung und Arbeitsmethoden in Frankreich und Deutschland zu informieren, als auch die Anwälte und Juristen der beiden Länder im Hinblick auf eine gemeinsame Zukunft einander näher zu bringen.

Dazu wurde man Dienstagabend von den Präsidenten der Vereinigungen zu Apéritif und Abendessen im *Centre International de Séjour de PARIS* empfangen. Am Mittwoch ging es mit dem offiziellen Programm los. Zu Beginn hatte man sich gleich einen altehrwürdigen Tagungs-ort – das *Amphithéâtre Liard* an der Universität-Panthéon-Sorbonne Paris 1 – ausgesucht. Dort referierten Hochschullehrer und Praktiker über „die Besonderheiten in der Prozessführung in Frankreich und Deutschland (von der Theorie zur Praxis)“. Daran schloss sich ein Ausblick an, dass ein umfassendes europäisches Zivilprozessrecht in nächster Zukunft wahrscheinlich noch Wunschdenken bleiben wird und daher weiterhin Juristen gesucht werden, die sich mit beiden Rechtsordnungen auskennen. Diese für den Berufseinstieg erfreulichen Erkenntnisse wurden dann jedoch wieder durch die Zahlen über die in beiden Ländern inhärente „Juristenschwemme“ relativiert. Derzeit gibt

es ca. 40.000 Anwälte in Frankreich (Paris 19.000/ Province 21.000) und 140.000 Anwälte in Deutschland, wobei die Zahlen in den letzten Jahren drastisch angestiegen sind.

Auch über die Schiedsgerichtsbarkeit sowie insbesondere die neue Schiedsordnung der deutsch-französischen Industrie und Handelskammer wurde berichtet, bevor die Teilnehmer sich auf den Weg zur Île de la Cité machten. Neben einer Führung durch Me Robert und M. Morizot durch das weitläufige und prächtige *Palais de Justice*, konnten unter anderem gerade stattfindende Gerichtsverfahren verfolgt werden (vom Strassenverkehrsdelikt vor dem Tribunal de Police, bis zum Anti-Terror Prozess vor dem Cour d'Assise wurde alles geboten). Besonders interessant, und durch die näheren Ereignisse auch auf deutscher Seite zu einer gewissen Bekanntheit gekommen, war die „procédure de comparution immédiate“ – das französische Schnell-verfahren im Strafprozess. Hier werden die An-geklagten direkt vom vermeintlichen Tatort zu ihrer Verhandlung vorgefahren.

Am Abend stand „*Paris by Night*“ – ein Spa-

ziergang über die Höhen von Montmartre auf dem Programm mit Me Goodenough und Me Hiblot an, den wir in einem Bistro bei einem Glas Wein ausklingen ließen.

Am Donnerstagmorgen kam es dann noch zu einem Erfahrungsaustausch aus Theorie und Praxis, bei dem uns erfahrene Juristen aus ihrem Alltag erzählten und aufgekommene Fragen beantworteten, bevor mittags die Hauptveranstaltung in der Maison du Barreau de Paris beginnen sollte.

Wir bedanken uns bei den Organisatoren des sehr gelungenen „Premieren“-Vorseminars und freuen uns schon auf nächstes Jahr in Bochum (**Vorseminar vom 26. September bis 1. Oktober 2006**). Vielleicht gelingt es auch in Zukunft, noch mehr junge Franzosen für diese Veranstaltung zu gewinnen.

Jean-Christophe Barth,
jcbarth@hotmail.com;

RA Sebastian Tietz,
sebastian.tietz@bongen.de



Empfang des Deutschen Botschafters im Palais Beauharnais während der gemeinsamen Tagung 2005 in Paris.

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 15.03.2006. Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Verfasser verantwortlich.

Bonne Année !

Die Redaktion.